Spanien und Portugal

PETER FREY

1. Januar 1986: ein Datum für den Beitritt

1983, das Jahr, das ihnen weitere Ungewißheit und bittere Wartepausen über ihr europäisches Schicksal auferlegt hatte, endet für die beiden Beitrittskandidaten am Südwestrand der Europäischen Gemeinschaft doch noch mit einem Hoffnungsschimmer. Noch vor der Übernahme der EG-Präsidentschaft konferiert Frankreichs Staatschef François Mitterrand vier Tage vor Weihnachten mit dem spanischen Ministerpräsidenten Felipe González. Ausgerechnet jener Mitterrand ist der Hoffnungsträger, der nach dem Scheitern des Athener Gipfels vom Madrider Meinungsblatt „El País" wütend als „ekliger Nationalist . . . in der schlimmsten seiner Ausprägungen"[1] beschimpft worden war[2].

Mit Beginn der französischen EG-Präsidentschaft scheint plötzlich alles ganz anders. Nicht nur Höflichkeiten und Kulturbesitz werden ausgetauscht[3]; an Spanien und Portugal gewandt, sagte der französische Außenminister Cheysson bei seiner Programmrede vor dem Europäischen Parlament: „Die Gemeinschaft darf diese Länder nicht länger hinhalten und im Ungewissen lassen"[4]. Premierminister Mauroy gibt auf seinem Staatsbesuch in Portugal sein Wort für den baldigen Beitritt. Präsident Mitterrand selbst fordert bei seiner Krisentournee vor dem Brüsseler Gipfel, die Gemeinschaft solle Spanien und Portugal „ohne Verzögerung aufnehmen, um nicht mit dem Rücken zur Geschichte zu stehen"[5].

Die Verknüpfung unterschiedlicher Interessenstränge hat das Ende der Beitrittsverhandlungen zum 30. September 1984 denkbar und den 1. Januar 1986 zum möglichen Datum für die Erweiterung der Gemeinschaft von zehn auf zwölf Mitglieder gemacht. Die Franzosen haben ihre jahrelange Blokade gegen die Nachbarn südlich der Pyräneen aufgegeben, weil sie ihre Eiwilligung als Hebel für die Forderung nach einer Erhöhung der Gemeinschaftsfinanzen benutzen konnten.

Wäre der Brüsseler Gipfel Ende März 1984 nicht über den britischen Beitrag geplatzt, wäre höchstwahrscheinlich der Gemeinschaftsanteil am Mehrwertsteueraufkommen von jetzt ein auf 1,4 Prozent (ab 1.1.1986) bzw. auf 1,6 Prozent (ab 1.1.1988) erhöht worden. Die finanziellen Voraussetzungen auch für die zweite Runde der EG-Süderweiterung wären damit gegeben gewesen. Außerdem war der Zeitpunkt ihrer eigenen Präsidentschaft für die Franzosen besonders günstig, um ihre eigenen Interessen im Blick auf die iberischen Agrarkon-

kurrenten bestmöglich zu wahren. Ferner dürfte Mitterrand daran gelegen haben, die Entscheidung über die Süderweiterung, ist sie schon unvermeidlich, möglichst weit vor die eigene Präsidentschaftswahl zu plazieren.

1983 war für Spanier und Portugiesen das Jahr der europäischen Wechselbäder. 1984 wird ganz im Zeichen des Feilschens um Kompromisse stehen. Die Vereinbarungen über die Übergangsfristen im Zollverkehr für landwirtschaftliche und industrielle Produkte werden bestimmen, was die Mitgliedschaft die beiden Kandidaten und die Zehn kosten wird. Soziale Spannungen, Verschärfungen der Arbeitslosigkeit und Massendemonstrationen als Folge der Wirtschaftsmodernisierungsprogramme der beiden sozialistischen Regierungen in Spanien und Portugal zeigten schon 1983 eindringlich, daß die Vorbereitungen auf und die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft für die iberischen Länder – mindestens kurzfristig – enorme Lasten bringen.

Spanien im ersten Jahr der ‚Wende'

Ein halbes Jahr nach ihrem Regierungsantritt im Dezember 1982 konnten Spaniens Sozialisten bei den Regional- und Kommunalwahlen am 8. Mai 1983 einen neuen, beinahe triumphalen Wahlsieg feiern. Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) errang in elf von 13 Regionalparlamenten die absolute Mehrheit. Die Wahlen haben auch das föderative System Spaniens stabilisiert: In allen 17 ‚autonomen Gemeinschaften' sind nun aus Wahlen Parlamente hervorgegangen – Institutionen, die im Prozeß der Selbstdefinition der eigenen spanischen Bundesstaatlichkeit ihre besondere Dynamik spüren lassen werden. Die Sozialisten eroberten auch die Rathäuser: Abgesehen von Córdoba, Burgos und Bilbao stellt die PSOE die Bürgermeister aller spanischen Groß- und Mittelstädte[6]. Die Regionalwahlen und Meinungsumfragen im Herbst 1983 demonstrieren die unvermindert große „soziale Macht und staatsbürgerliche Unterstützung, die die PSOE auch ein Jahr nach jenem 22. Oktober (1982) in diesem Land hat"[7]. Nach dem guten Abschneiden bei den Wahlen zum baskischen Parlament im Februar 1984[8] brachten dann aber die Regionalwahlen in Katalonien im April 1984 die erste Enttäuschung. Zwar erreichten die Sozialisten mit 30% einen deutlichen Zuwachs an Wählerstimmen (bisher 22,3%) – er fiel jedoch weit geringer aus als erhofft. So gewann die bürgerlich-nationalistische Zentrumsverbindung (CIU) die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Dies könnte ein erstes Indiz für Abnützungserscheinungen der ersten Regierung Felipe Gonzáles sein.

Die Sozialisten spüren im ersten Regierungsjahr aber auch Gegenwind. Vor allem die ‚Reconversión', das Modernisierungsprogramm für die staatliche Industrie reißt Wunden. 800 000 neue Arbeitsplätze hatten die Sozialisten bis zum Ende ihrer Regierungszeit 1986 versprochen, unter dem Druck der Rationalisierung der überalterten Industrieanlagen aber gehen Arbeitsplätze verloren. Die Sozialisten müssen mit dem Rücken zur Bevölkerung gegen die Strukturdefizite einer Industrie kämpfen, die jahrzehntelang mit Schutzzöllen von ausländischer Konkurrenz abgeschottet wurde. Sagunto, der Industrievorort von Valencia,

wird zum spektakulären Symbol für den erbitterten Kampf von Arbeitern gegen ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm, das – jedenfalls kurzfristig – zehntausende von Arbeitsplätzen kostet. Es leiden vor allem die Stahlindustrie – nicht nur am Mittelmeer, sondern auch im Baskenland –, die Werften etwa im asturischen Gijón oder im galicischen Vigo Textil-, Schuh- und Haushaltsgeräteindustrie. Neue Arbeitsplätze können praktisch nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Gewerkschaften, vor allem die den Kommunisten nahestehenden Arbeitskommissionen (CCOO), organisieren Massenstreiks und geraten in Frontstellung zur Regierung.

Im ersten Jahr der sozialistischen Regierungszeit entsteht in Spanien ein Klima zunehmender sozialer Spannung. Die Regierung verlangt Opfer. Ihre absolute Parlamentsmehrheit gibt ihr die Chance, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Auf keinen Fall will sie unrentable Betriebe mit staatlichen Mitteln künstlich am Leben halten. Die Aussicht, daß binnen kürzerer oder längerer Übergangsfristen die technisch hochwertigen und oftmals billigeren Industrieprodukte aus den Fabriken der Europäischen Gemeinschaft ohne schützende Zölle auf den spanischen Markt gelangen, verschärft den Druck auf die Regierung, zwingt sie zur Härte. Im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und sozialpolitischer Belastbarkeit der Bevölkerung ist ihr Handlungsspielraum recht gering.

Ein Jahr der Kultur

Die Begegnung mit ihrer Geschichte und Gegenwart beschäftigte die Spanier 1983 leidenschaftlich; ungeheure Besucherzahlen, riesige Menschenschlangen bei den Ausstellungen der Werke von Picasso, Dali, Murillo und Goya. Die Regierung hatte – übrigens nur für Spanier, nicht für Ausländer! – den Eintritt in die staatlichen Museen aufgehoben, und 77 % mehr Besucher als im Vorjahr waren gekommen. Der Zustrom zu zeitgeschichtlichen und historischen Dokumentationen verrät einen Drang nach Vergangenheitsbewältigung. Vor den Eingangstüren zu Ausstellungen über den Spanischen Bürgerkrieg, die Inquisition oder das spanische Exil in Mexiko warten Tausende geduldig auf Einlaß. Der hundertste Geburtstag des Kulturphilosophen José Ortega y Gasset liefert Anlaß zur Frage nach dem spanischen Selbst. Das Kino erlebt ein Jahr wie selten zuvor. José Garci's „Volver a empezar" („beguine the Beguine") erhält den Oscar für die beste ausländische Filmproduktion. „La Colmena" („Der Bienenstock"), der Film nach dem Roman von Camilo José Cela aus dem düsteren Madrid der vierziger Jahre, bringt Mario Camus' den Goldenen Bären von Berlin ein. Die Begeisterung für die „Carmen"-Interpretation von Carlos Saura ist international; nur in Spanien fürchtet man, erneut in das Klischee des Gefühlsüberschwangs, der Irrationalität, künstlicher Dramatik zurückgestoßen zu werden. Auch die Dichter des Exils sind präsent: Tausende singen im Madrider Sportpalast nach Versen des 1940 im Exil verstorbenen Antonio Machado „caminante, no hay camino, se hace camino al andar" („Der Du unterwegs bist, es gibt keinen

Weg, der Weg ist Gehn"). Der kulturelle Aufbruch Spaniens im Jahr 1983 könnte der Anfang vom Ende des ‚desencanto' gewesen sein, dieser Entzauberung, Enttäuschung, die Spaniens Intellektuelle und Künstler nach dem demokratischen Umbruch immer weiter weg von der Politik getrieben hat[9], der Anfang einer neuen Selbstbefragung und Ortsbestimmung.

„Eine fortwährende Suche nach seiner Identität" hat Spaniens Kulturminister Javier Solana die Kulturgeschichte seines Landes genannt. „Vielleicht hat Spanien seit 1931 keinen vielfältigeren Augenblick mit so vielen Möglichkeiten erlebt. Jetzt läuft alles, was im Exil geschaffen wurde, zusammen mit dem, was innerhalb Spaniens entstand. Die Schriftsteller und Künstler, die schon ein halbes Jahrhundert wirken, treffen auf ganz junge Werke, die weder von Versponnenheit noch von Verboten oder Selbstzensur verdunkelt werden. . . Für diese Regierung ist die Kultur keine Bedrohung mehr. Im Gegenteil: Sie ist unsere große Verbündete und unser Ziel."[10]

Der kulturelle Aufbruch hat aber nicht nur das aufsehenerregende Gesicht großer Publikumserfolge oder internationaler Anerkennung. Kultur heißt auch: Alphabetisierung. An den Universidades Populares, den Volkshochschulen, sollen die (offiziell acht, schätzungsweise aber bis zu 35 Prozent) Analphabeten unter Spaniens Erwachsenen Lesen und Schreiben lernen. Archive und Bibliotheken werden gefördert und vor allem auch die jahrzehntelang unterdrückten eigenständigen Kulturen der spanischen Regionen. Aufbruchsstimmung auch im künstlerisch-progressiven Underground: In Spanien entsteht eine neue, an Europa und viel mehr noch an den Vereinigten Staaten von Amerika orientierte, philosophisch-ästhetische Avantgarde. Ein Beispiel dafür ist die Monatszeitschrift „la Luna de Madrid" („Der Mond von Madrid"), die „die Tonnen von Kultur, die Madrid hervorbringt", darstellen will. Aus dem Stand wurden 30 000 Exemplare verkauft.

Noch ist in Spanien die Spannung zwischen den Kulturerzeugern, den Intellektuellen und der von ihnen zunächst so engagiert unterstützten sozialistischen Regierung nicht so stark wie in Frankreich. Doch erste Haarrisse zwischen denjenigen, die die politische Macht auszuüben haben, und denen, die sie bis hin zur Macht begleiteten, sind spürbar. Ein deutliches Beispiel setzt „El País". Die Madrider Tageszeitung, die mit der demokratischen Erneuerung groß wurde und mit großem publizistischem Gewicht die spanische Wende mitherbeiführte, ging nach dem Wahlsieg der von ihr favorisierten Sozialisten fast brüsk auf Distanz. Juan Luis Cebrián, der junge Chefredakteur eines Medienunternehmens, das mittlerweile nicht nur eine der angesehensten Tageszeitungen der Welt macht, sondern auch eine internationale Wochenausgabe herausbringt[11], eine Radiostation betreibt und Privatfernsehen anbieten will, schreibt für eine Spanienbeilage des großen Vorbilds „Le Monde" über die „Suche nach einer neuen Generation von Intellektuellen": „Die spanischen Intellektuellen diskutieren eingesperrt zwischen der Notwendigkeit, diese erste Links-Regierung der ganzen Geschichte Spaniens zu unterstützen und der erklärbaren Furcht, sich in Instrumen-

te dieser Macht zu verwandeln, die bestimmte Fehler und Laster reproduzierte, von denen man glaubte, sie seien ausschließlich im Besitz der konservativen Rechten. Sie diskutieren in der gar nicht bequemen Situation, entweder auf ihre Utopien zu verzichten oder als De-Stabilisatoren angeklagt zu werden."[12]

Ein Konflikt, der Regierung und intellektuelles Milieu vollends spalten könnte, steht bevor, wenn über die spanische Mitgliedschaft in der NATO abgestimmt wird. Viele Intellektuelle zählen zur „NATO-nein"-Bewegung. Antonio Buero-Vallejo, einer der bedeutendsten zeitgenössischen spanischen Theaterschriftsteller, läßt erkennen, was diese Frage an Sprengkraft enthält: „Ich befürworte den spanischen Beitritt in die EG, bin aber absolut gegen die Mitgliedschaft in der NATO. Die augenblickliche Teilung der Welt in zwei Blöcke stellt mit dem jetzigen Stand der Waffentechnologien die größte Gefahr dar, in der sich die Menschheit in ihrer ganzen Geschichte befunden hat. Wenn der Beitritt in die NATO eine Bedingung ‚sine qua non' für unsere Mitgliedschaft in der EG ist, dann ziehe ich es vor, dem Gemeinsamen Markt nicht anzugehören."[13]

EG-Beitritt und NATO-Mitgliedschaft

Die Hoffnungen, die Spanien und Portugal auf die Europäischen Gipfeltreffen von Stuttgart und Athen gesetzt hatten, wurden enttäuscht. Das Schlußdokument des Stuttgarter Rates enthält zwar wiederum eine politische Willenserklärung, bindet aber die Möglichkeit des Beitritts an das „Ergebnis der Verhandlungen über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft"[14]. Frankreich hatte sich durchgesetzt und die Beitrittsfrage mit den inneren Reformen verknüpft. Die spanische Verhandlungsführung gab zu verstehen, daß sie darauf hinarbeite, im ersten Halbjahr 1984 – unter französischer Präsidentschaft – alle, auch die sensiblen Verhandlungskapitel zu eröffnen. „Das gegenwärtige Drama besteht darin, daß unsere Abhängigkeit von der EG sehr groß ist, und wir dauernd unter wirtschaftlichen Entscheidungen zu leiden haben, die in Brüssel fallen, und an denen wir nicht beteiligt sind. . . Wenn wir zur EG gehören würden, wären die Landwirtschafts- und Fischereipolitik nicht dieselben".[15] Im Alleingang, und nicht wie er es angestrebt hatte zusammen mit seinem portugiesischen Amtskollegen, wendet sich Ministerpräsident González vor dem Athener Gipfel mit einem Brief an die europäischen Staats- und Regierungschefs[16]. Er drängt, „die wiederholten Erklärungen des guten Willens . . . in die Praxis umzusetzen", insistiert auf dem 1. Januar 1986 als „endgültigem" Beitrittstermin: „Als Präsident der spanischen Regierung bin ich besorgt darüber, daß die Frustration sich der öffentlichen Meinung meines Landes bemächtigt, und diese ernsthafte Zweifel hegt, daß ein echter gemeinschaftspolitischer Wille zur Vervollständigung des Aufnahmeprozesses besteht".[17] Auch wenn González bei anderer Gelegenheit von „Alternativen" zur EG spricht[18], beharren die Spanier auch nach dem Scheitern des Athener Gipfels auf ihrer europäischen Option. Unterhändler Manuel Marín kommentiert bitter-entschlossen: „Wir werden einmal mehr durch ein schwarzes Loch hindurchmüssen, und es wird uns

eine Menge kosten, die Leute davon zu überzeugen, daß es möglich ist, weiterzuarbeiten".[19]

Als die EG dann im Februar 1984 tatsächlich ein Verhandlungsangebot präsentiert, „die schlechtesten Bedingungen, die einem Beitrittskandidaten bisher gestellt wurden"[20], reagieren die spanischen Unterhändler entsprechend abweisend. Trotzdem bedeutet die Vorlage des Verhandlungsdokuments einen politischen Durchbruch: Das Ende der Verhandlungen kommt in Sicht, denn länger als ein halbes Jahr darf sich das Kompromißgerangel über ein Kapitel nicht hinziehen. Es waren die Übereinkünfte der EG-Landwirtschaftsminister vom Oktober 1983, die es ermöglicht haben, daß die Gemeinschaft den Spaniern eine gemeinsame Startposition bieten konnte. Mit der Eingliederung der Agrargroßmacht Spanien werden sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft um ein Drittel, die Obsterzeugung um 48 Prozent, die Olivenproduktion um fast 60 Prozent steigern und der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft auch im Bereich der Süd-Produkte nahezu 100 Prozent erreichen. Die übrigen Mittelmeeranrainer, insbesondere Israel und Marrokko, sind 1983 bei der Gemeinschaft vorstellig geworden, um auf mögliche nachteilige Folgen dieser Entwicklung für ihre Produktion aufmerksam zu machen.

Die Agrarminister haben mit ihrem Angebot „die Türen geöffnet, aber die Eintrittspreise erhöht"[21]. Nach ihren Vorstellungen soll Spanien mit seinen Agrarprodukten nach dem Beitritt vier Jahre praktisch ohne Statusveränderung gegenüber den Regierungen des Präferenzabkommens von 1970 vor den europäischen Zollschranken warten. Ihre Wein- und Olivenproduktion sollen sie im gleichen Zeitraum „disziplinieren". Erst nach 1990 soll die spanische Landwirtschaft dann in weiteren sechs Jahren Übergangszeit auf das EG-Preisniveau geführt werden und zollfrei die Gemeinschaftsmärkte beliefern können. Im Industriebereich ist die Interessenlage umgekehrt. Die Europäer wollen möglichst schnell auf die spanischen Märkte, die Spanier aber lange Übergangsfristen bis zur völligen Zollfreigabe. Da die Spanier auf eine ausgewogene Behandlung von Industrie und Landwirtschaft bestehen, scheint die Einigung auf eine Übergangszeit von sieben Jahren, gültig für beide Bereiche, aussichtsreich.

Felipe González präsentierte sich bei seinem Staatsbesuch im April in der Bundesrepublik Deutschland, dem ersten in einem Mitgliedsland der Gemeinschaft, als treuer Atlantiker. Bei einer Pressekonferenz ließ er wissen, „Spanien unterstütz alles, was auf eine Verminderung nuklearer Waffen zielt. Wir verstehen die Wichtigkeit des NATO-Doppelbeschlusses und konsequenterweise den Beginn des Stationierungsprozesses für den Fall, daß die Genfer Verhandlungen zu keinem Endpunkt kommen"[22]. Im eigenen Land, in der sozialistischen Partei, ja selbst in der Regierung scheint die NATO-Mitgliedschaft Spaniens weiterhin nicht unumstritten. Außenminister Morán und Vizepräsident Guerra gelten als Vertreter von Positionen, die, wenn überhaupt, eine schwache Integrationsformel wünschen, die Spanien von weitgehenden militärischen Verpflichtungen freihielte. Die Meinungsumfragen belegen eine satte Mehrheit für die NATO-

Gegner. Im Juni 1983 waren 56 % der Bevölkerung gegen die Mitgliedschaft und nur 17 % dafür. Der Anteil der Unentschlossenen ist vom Oktober 1978 (58 %) bis zum Juni 1983 (27 %) etwa so gefallen, wie die Zahl der NATO-Gegner wuchs[23]. Inzwischen hat die sozialistische Regierung angekündigt, eines ihrer zentralen Wahlversprechen einzulösen und das Referendum über die NATO im Frühjahr 1985 abzuhalten. Die Möglichkeit, daß es für die NATO-Mitgliedschaft ausfällt, hängt entscheidend von der Formulierung der Fragestellung ab (hier hat die Regierung einen taktischen Spielraum) und vor allem auch von der Entwicklung der EG-Beitrittsverhandlungen. Der Moment, in dem die Verhandlungen über die EG-Mitgliedschaft abgeschlossen sein müssen, um den Beitritt zum Jahresanfang 1986 zu verwirklichen, und der Termin des NATO-Referendums rücken eng zusammen.

Solidarität mit Lateinamerika

„Spanien, ein europäisches Land, kann sich . . . ohne seine amerikanische Perspektive und Synthese nicht selbst verstehen. . . Wir Spanier sind genauso Iberoamerikaner wie Europäer. Dieser geistige und historische Tatbestand hat über die sozialen Systeme und unterschiedlichen Optionen hinaus die Schicksale Spaniens und Iberoamerikas verbunden und wird das weitertun".[24] Die spanische Verbindung mit dem lateinamerikanischen Kontinent, hier ausgedrückt von König Juan Carlos bei einer Ansprache vor der UNESCO, bekam 1983 einen eindeutig politischen Akzent. Die Vermittlungsposition der Contadora-Gruppe im zentralamerikanischen Konflikt ist von der Lateinamerika-Kenntnis des spanischen Ministerpräsidenten essentiell gespeist.

Spanien hat mit seinem gelungenen Wandel von der Diktatur zur Demokratie bei den demokratischen Kräften Lateinamerikas viel Prestige gewonnen. Die lateinamerikanischen Staaten suchen zwar keinen Vormund für ihr Gespräch mit der Europäischen Gemeinschaft, aber Spanien wird die Gemeinschaft mit mehr Sensibilität in Richtung Lateinamerika ausstatten. In Konfliktfragen wird die Gemeinschaft zu mehr Solidarität herausgefordert werden. Mit Spanien als Mitgliedsland wäre der Falkland-Konflikt für die Gemeinschaft ein viel heikleres Problem gewesen. Eine größere Aufmerksamkeit der Gemeinschaft für Lateinamerika – das wird ihr Verhältnis zu den USA nicht erleichtern.

Portugal und Spanien: eine schwierige Nachbarschaft

„Dem rhetorischen Enthusiasmus der offiziellen Erklärungen entspricht eine tatsächliche Entfremdung im Zusammenleben der Völker. Den öffentlichen Bekenntnissen zu Freundschaft und Zusammenarbeit entspricht wechselseitiges Mißtrauen".[25] Wie wenig wirkliche Freundschaftssubstanz zwischen den iberischen Nachbarn Spanien und Portugal besteht, konnte sich auch am Ende eines protokollarisch aufgeputzten Gipfeltreffens der beiden sozialistischen Regierungschefs (und einer ins halbe Hundert gehenden Anzahl von Ministern) nicht mehr verschleiern lassen. Beim ‚Lissabonner Gipfel' vom 11./12. November

1983, dem ersten portugiesisch-spanischen Spitzenkontakt seit 1977, konnten sich Mario Soares und Felipe González nur auf die dürre „Lissabonner Erklärung" verständigen. Mehr als der Beschluß, die Regierungsbegegnungen jährlich durchzuführen, die Absicht, 1984 ein neues Fischerei-Abkommen auszuhandeln, und – wegen fehlenden Tiefgangs bekam auch das Nachrichtenwert – das Projekt, eine Brücke über den Miño-Fluß zu bauen, war nicht herausgekommen. Vor allem war González Absicht gescheitert, mit der portugiesischen Regierung den Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft abzustimmen, mit dem er vor dem Athener Gipfel auf die Dringlichkeit eines Beitrittsbeschlusses hinweisen wollte. Ohne die Spanier weiter zu konsultieren, hatte Soares seinerseits die Idee aufgegriffen, die ihm González kurz vorher beim Athener Treffen der sozialistischen Regierungschefs aus Südeuropa vorgestellt hatte, und den Mitgliedern des Europäischen Rates geschrieben. Aus ihrer Verärgerung machten die Spanier keinen Hehl. Die Klage des gemeinsamen Kommuniqués, Europas Langsamkeit stelle „das Ideal der europäischen Solidarität fundamental" in Frage, wirkte angesichts der eigenen Verständigungsprobleme fast hilflos. Obwohl Mario Soares seinen Wahlkampf bei den vorgezogenen portugiesischen Parlamentswahlen Ende April nach dem Beispiel des Madrider Amtskollegen geführt und schließlich – auch im Sog der sozialistischen Erfolge im Nachbarland – gewonnen hatte, ließ er die portugiesische Empfindlichkeit gegenüber einer spanischen Geopolitik spüren, die die ganze iberische Halbinsel als politischen Raum vereinnahmen könnte.

Am neunten Jahrestag der ‚Nelkenrevolution', am 25. April 1983, hatten die Portugiesen vorzeitig gewählt: die fünfzehnte Regierung im zehnten Jahr der Demokratie. Die sozialistische Partei erhielt 36,3 % der Stimmen (99 von 250 Mandaten) und war zu einer Regierungskoalition mit der aus vielerlei unterschiedlichen Fraktionen bestehenden bürgerlich-liberalen sozialdemokratischen Partei gezwungen; die PSD hatte bei 27,0 % der Stimmen 72 Parlamentssitze errungen. In die Opposition geschickt hatten Portugals Wähler die beiden Flügelparteien, die Kommunisten, deren „Allianz Vereintes Volk" 18,2 % Stimmen geholt hatte, und die konservativen Christdemokraten des demokratisch-sozialen Zentrums (CDS), das 12,4 % der Stimmen erreichte.

„Der Sozialismus ist vor allem soziale Gerechtigkeit und Freiheit, Beteiligung der Bürger an Staat, Gesellschaft und Unternehmen. Er bedeutet Dezentralisierung und Abstimmung von Interessen, er ist eine Staatsordnung, die die Demokratie und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Pläne vertiefen muß und die Solidarität fördert".[26] Die Wirklichkeit in Portugal entspricht nicht den Idealen des Ministerpräsidenten. Portugal hatte 1983 eine Inflationsrate von 25 %, eine der höchsten Arbeitslosenquoten Europas, ein Fünftel der Bürger lebte am Rande des Existenzminimums, 40 % seiner Arbeitsfähigen verdienen sich ihren Lohn (oder wesentliche Teile davon) mit Schwarzarbeit. Im Land der höchsten Selbstmordrate Europas wurden 1983 von den Kirchen öffentliche Suppenküchen eingerichtet, um die schlimmste Not zu lindern. Unter dem Druck des In-

ternationalen Währungsfonds verwirklicht die Lissabonner Mitte-links-Regierung ein Austeritätsprogramm, das Währungsabwertung, massive Kürzung der Staatsausgaben, Steuererhöhungen und Lohnfestschreibungen beinhaltet, und das 1984 (nach den Untersuchungen einer UNO-Arbeitsgruppe) das Absinken des Bruttosozialprodukts um ein Prozent und den Verlust von noch mehr Arbeitsplätzen bewirken wird. Unter massiven öffentlichen Protesten fällt das Beharren auf diesem Wirtschaftskurs nicht leicht. Doch Teile des sozialdemokratischen Koalitionspartners haben das Regierungsbündnis schon für den Fall in Frage gestellt, daß der Kurs wirtschaftlicher Liberalisierung nicht fortgesetzt wird.

Die Gedankenspiele des portugiesischen Premiers, die USA oder Japan könnten für Portugal eine Alternative zur Gemeinschaft sein, sind nicht mehr als verbale Drohgebärden in der Kenntnis der eigenen Zwangslage. Es hat sich endgültig bestätigt, daß Portugal nicht vor Spanien der EG beitreten wird, obwohl das Land seinen Antrag vor dem Nachbarn gestellt hat und der Gemeinschaft weit weniger Probleme bringen wird. Vielleicht wird es zu einer Art protokollarischem Vorspiel zur eigentlichen Vertragsunterzeichnung der Gemeinschaft mit beiden Ländern kommen[27]. Dabei hatte Mario Soares noch im November 1983 gemeint, „die Unterzeichnung des portugiesischen Beitritts kann unmittelbar erfolgen, Anfang 1984. Was Spanien angeht, kann der Zeitraum länger sein. . . Portugal glaubt, daß die Verhandlungen nicht gemeinsam erfolgen sollten. . . Unsere Rechte sollten eigenständig diskutiert werden und nicht in der Abhängigkeit von den Schwierigkeiten Spaniens"[28]. Seit Anfang 1984 treffen sich die Unterhändler aus Portugal doppelt so häufig mit ihren Gesprächspartnern aus Brüssel: Einmal im Monat finden Gespräche auf Ministerebene statt. Obwohl die Portugiesen zu Jahresanfang ungehalten waren über die Übergangsfristen, die die EG für Portwein und Tomatenmark angeboten hat, scheinen die Verhandlungen, auch in ihrem schwierigsten Kapitel, der Frage des Zugangs portugiesischer Arbeitnehmer zum Gemeinschaftsmarkt, kompromißfähig.

Perspektiven

Wieder einmal müssen Portugiesen und Spanier gemeinsam auf die Ergebnisse eines Europäischen Rates warten: Erreicht der Rat in Paris eine Übereinkunft über das britische Beitragsproblem und die Finanzierungsfrage, dann könnten die Beitrittsverhandlungen tatsächlich bis zum 30. September 1984 abgeschlossen sein und den Parlamenten der Zehn würde genug Zeit zur Ratifizierung der Beitrittsurkunden bleiben. Das Beitrittsdatum wäre der 1. Januar 1986. Erfolgt die Einigung über die Gemeinschaftsfinanzierung nicht, bleibt den Europäern – aus politischen Gründen – nur die kurze Frist bis zum spanischen Referendum über den NATO-Beitritt. Sind die Verträge bis dahin nicht unterschriftsreif, müssen sich die Europäer auf ein spanisches „Nein" zur NATO einstellen. Wenn sie die Spanier ins westliche Verteidigungssystem integrieren wollen, können die Europäer die Spanier nun nicht mehr unbefristet einfach vor den

europäischen Türen stehenlassen. Die Gemeinschaft wird sich die Integration Spaniens ins westliche Bündnis etwas kosten lassen müssen.

Nach dem Scheitern des Brüsseler Gipfels hat Frankreichs Staatspräsident Mitterrand Überlegungen angestellt, die Grundlagen der Europäischen Integration bei einer feierlichen gemeinsamen Konferenz, einem sogenannten „neuen Messina" zu erneuern. Alle, „die den Erfolg Europas auf der Grundlage der Römischen Verträge" wollten, seien dazu eingeladen, „niemand davon ausgeschlossen"[29]. Der EG-Präsident hat mit seinem Nachsatz Großbritannien angesprochen. „Wenn Spanien und Portugal als künftige Vollmitglieder Europas bei diesem neuen Messina nicht dabei wären, das wäre beklagenswert"[30], so verstand „El País" das europäische Nachdenken des französischen Präsidenten. Wenn die Europäer zu einem solchen neuen Messina einladen, dann könnten sie dort ein politisches Zeichen auch in Richtung Süden setzen.

Anmerkungen

1 El País, 7.12.1983.

2 Trotz mehrfacher bilateraler Gipfeltreffen markiert das Jahr 1983 einen Tiefpunkt der französisch-spanischen Beziehungen. Pierre Guidoni, der im Frühjahr neuer französischer Botschafter in Madrid geworden war, wurde bald zum Buhmann. „Unverträgliche Arroganz" warfen ihm nicht nur nationalistische Blätter vor. „El País" empfahl dem französischen Präsidenten die Zurückziehung des Botschafters als good-will-Geste. Vor dem Athener Gipfel lancierte die Madrider Regierung die Meldung, den Staatshandel mit Frankreich „politischen Kriterien" unterzuordnen.

3 Bei den Tagen der französischen Kultur in Madrid übergab Danielle Mitterrand, die Ehefrau des Präsidenten, dem spanischen Königspaar ein wertvolles Manuskript von Benito Perez Galdós aus dem Besitz der französischen Botschaft.

4 Handelsblatt, 19.1.1984.

5 El País, 13.2.1984.

6 Die Strategie der stärksten Oppositionspartei, der bürgerlich-konservativen Volksallianz (AP), diese Wahlen zur Vertrauensabstimmung über den Regierungskurs der Sozialisten zu machen, schlug fehl. Mit einem Stimmenanteil von 27 % hielt die Rechte etwa ihr Wahlergebnis vom Oktober 1982. Den Sozialisten Stimmen zu nehmen, gelang ihr nicht. Ihr Gewicht als Stimme des spanischen Bürgertums hat die Partei, die einen Teil ihres Wählerreservoirs aus der extrem nationalistischen Bevölkerungsschicht bezieht, mit Hilfe der heimatlos gewordenen Wählern der 1983 aufgelösten, ehemaligen Regierungspartei UCD, allerdings stabilisieren können.

7 El País, 28.10.1983.

8 Die Sozialisten konnten ihren Stimmenanteil von 14,1 % auf 23,3 % steigern. Der Wahlsieger, die bürgerliche baskische Nationalpartei (PNV), wird sich den Koalitionspartner für die Regierungsbildung aber im konservativen Spektrum suchen.

9 Zum Begriff des ‚desencanto': Werner Herzog, Woher kommt die Ernüchterung in Spanien? Vier Jahre nach Ende der Franco-Diktatur: Gespräch mit zwei Intellektuellen über kulturelle und politische Probleme, in: Frankfurter Rundschau, 9.2.1980.

10 Rede des spanischen Kulturministers auf der Frankfurter Buchmesse während der Veranstaltung „Spanien und die Kultur heute", zitiert nach dem hektrographierten Manuskript.

11 El País, Panorama Semanal, Edición Internacional, zu bestellen bei: PRISA, Miguel Yuste, 40, Madrid-17.

12 El País, 13.1.1984.

13 Aus einem Gespräch mit dem Verfasser am 3.5.1983 in Madrid.

14 Abgedruckt als Dokument Nr. 3 in diesem Band.

15 Manuel Marín, der für die Verhandlungen mit der EG zuständige Staatssekretär, in einem Interview mit El País, 26.6.1983.
16 Der Brief ist vollständig als Dokument Nr. 8 in diesem Band abgedruckt.
17 Ebenda.
18 Etwa beim ‚Athener Gipfel' der sozialistischen Regierungschefs aus Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland im Oktober 1983.
19 El País, 12.12.1983.
20 Heinz Stadlmann, „Die Vorsicht mit den Spaniern", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1984.
21 Rudolf Wagner, „Ein Weg mit vielen Fallgruben", in: Die Zeit, 28.10.1983.
22 El País, 4.5.1983.
23 Das Zentrum für soziologische Studien in Madrid (CIS) hat im Oktober 1983 eine Studie unter dem Titel „la opinión pública española ante la OTAN 1975–1983" („Die spanische öffentliche Meinung zur NATO 1975 bis 1983") vorgelegt. Die wichtigsten Daten daraus in: El País, 28.10.1983.
24 Redemanuskript von König Juan Carlos, in: España, Publicación mensual de la oficina del Portavoz del Gobierno, 1983, Nr. 5, S. 31.
25 Jaime Gama, Berater des portugiesischen Präsidenten und Mitglied des politischen Ausschusses der portugiesischen sozialistischen Partei, in: „del monólogo al diálogo" („vom Monolog zum Dialog"), in: El País, 23.1.1983.
26 Mario Soares in einem Interview mit El País, 14.11.1983.
27 Diese Möglichkeit deutete Frankreichs Premierminister Mauroy bei seinem Besuch in Lissabon im Januar 1984 an.
28 Im Interview mit El País, 14.11.1983.
29 Zitat nach Le Monde, 22.3.1984.
30 El País, 23.3.1984.

Weiterführende Literatur

EDIS, Equipo de Investigación Sociológica, La Reconversión industrial, la crisis económica y la reforma agraria, Madrid: Fundación Friedrich Ebert 1984.

Fusi, Juan Pablo, Spain: the fragile democracy, in: West European Politics, London 1982, Nr. 3, S. 222–235.

Generalitat de Catalunya, Catalunya y la CEE, Barcelona 1982.

Gobierno, Vasco, Euskadi en la Comunidad Económica Europea, Vitoria-Gasteiz (Servicio Central de Publicaciones), 1983.

Gomez, José Luis u.a., Galicia ante la CEE, la Coruña: Biblioteca Gallega 1983.

Gonzalez-Sanchez, Enrique, A adesao da Espanha ás Comunidades Europeias, in: Asuntos Europeus, Lissabon 1983, Nr. 1, S. 141–144.

Herzog, Werner, Spanien auf dem Weg der Stabilisierung, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 19, S. 609–619.

Kramer, Heinz, Die EG im Prozeß der Süderweiterung, in: Außenpolitik, Hamburg, 1983, Nr. 3, S. 243–255.

Ders., Die Türkei und die Süderweiterung der EG, in: Außenpolitik, Hamburg 1984, Nr. 1, S. 100–116.

Rordriguez, Pio, 40 years of Spanish culture, in: Cultures, Paris 1982, Nr. 1, S. 64–80.

Strausfeld, Michi, Spanien vor und nach der Nullstunde, in: Börsenblatt des deutschen Buchhandels, Frankfurt 1982, Nr. 36, S. 1159f.

Vogler, Gernot, Die Wirtschaftsbeziehungen Spaniens zu Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme vor dem EG-Beitritt, in: Ibero-amerikanisches Archiv, Berlin 1981, Nr. 3, S. 299f.